



Bericht der SPD-Fraktion aus der Bezirksversammlung Bergedorf - Januar 2012

Politische Teilhabe für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger Signal für kommunales Ausländerwahlrecht gesetzt!

Die Bezirksversammlung Bergedorf hat sich auf ihrer Sitzung am 26. Januar 2012 mit deutlicher Mehrheit für das vollständige kommunale Ausländerwahlrecht ausgesprochen. Zur Begründung für die Zustimmung der SPD zu dieser Forderung sagte Dr. Rolf Niese: „Die unmittelbaren Lebensbedingungen werden entscheidend in der Kommunalpolitik bestimmt. Daher muss durch das vollständige kommunale Wahlrecht auch allen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die politische Teilhabe ermöglicht werden.“



Rolf Niese

Vor ca. 20 Jahren hat die Hamburgische Bürgerschaft ein vom SPD-geführten Senat eingebrachtes Gesetz beschlossen, nach dem alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Wahlrecht für die Bezirksversammlungswahlen erhielten. Allerdings stellte dann das Bundesverfassungsgericht die Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz fest. Zugelassen wurde nur das Wahlrecht für BürgerInnen aus EU-Ländern. Dies bedeutet allerdings eine Benachteiligung für BürgerInnen aus Nicht-EU-Ländern.

Infolge dessen gab es mehrere

Bundratsinitiativen zur Änderung des Grundgesetzes, um das kommunale Ausländerwahlrecht zu ermöglichen, unter anderem durch Hamburg und 2007 durch die Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Diese Initiativen scheiterten alle an Entscheidungen des Bundestages.

Im Jahre 2008 sprach der Europarat an seine Mitgliedsstaaten die Empfehlung aus, allen Migrantinnen und Migranten mit einer legalen Aufenthaltsdauer von 5 Jahren das aktive und passive kommunale Wahlrecht zu erteilen. Viele Staaten sind inzwischen dieser Empfehlung gefolgt.

Aktuell sind drei entsprechende Anträge zur Änderung des Grundgesetzes in den Bundestag einge-

bracht und zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen worden. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Wegen der ablehnenden Haltung der CDU ist allerdings ein Scheitern zu befürchten.

Die SPD wird daher weiter für eine möglichst große Akzeptanz zum kommunalen Ausländerwahlrecht in der Bevölkerung werben. Dr. Niese schloss seine Rede mit dem Satz: „Wenn sich die Stimmung der Bevölkerung in diese Richtung ändert, dann wird, wie sich beim Atomausstieg gezeigt hat, auch die CDU ihre Haltung ändern, auch wenn sie heute leider noch in Berlin und in Bergedorf diese berechnete Forderung ablehnt.“

SPD fordert barrierefreien Busbahnhof Bergedorf!

Lange mussten die Bergedorfer auf die Inbetriebnahme des Bergedorfer Busbahnhofs warten. Seit einem halben Jahr fahren nun nach langen Jahren der Bauphase endlich wieder Busse zentral vom Bergedorfer Busbahnhof ab. Trotz noch nicht beendeter Bauarbeiten am Bahnhof und in der Umgebung ist der Start gut geglückt. Bergedorf hat nun einen der modernsten und leistungsfähigsten Busbahnhöfe Hamburgs.

Schon in der Planungsphase wurde von der Bezirksversammlung gefordert, dass der Busbahnhof allen Ansprüchen und Herausforderungen genügen muss. Das bedeutet, dass er für alle Menschen gut erreichbar und nutzbar sein

soll. Sehr früh haben die Behindertenverbände ihre Forderungen zu dem neuen Busbahnhof gestellt, damit dieser barrierefrei geplant und gebaut werden sollte. Leider wurden nicht alle Forderungen baulich umgesetzt, obwohl viele

der Punkte sogar nach DIN-Normen Pflicht sind.

Die SPD-Bezirksfraktion hat deshalb in einem von ihrem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Paul Kleszcz eingebrachten Antrag die Verkehrsbetriebe

Hamburg-Holstein (VHH) und die Deutsche Bahn AG zu zahlreichen Nachbesserungen aufgefordert. Hierbei geht es u.a. darum, dass sich die Leitstreifen und die Aufmerksamkeitsfelder auf dem Busbahnhof farblich deutlicher von dem Bodenbelag abheben müssen, die Handläufe bei den Treppengeländern verlängert werden und an zahlreichen Glasscheiben, Türen, Säulen und Papierkörben kontrastierende Markierungen angebracht werden sollen.

Wichtig ist außerdem, dass bei einem Ausfall des Fahrstuhls gehbehinderte Menschen den Busbahnhof möglichst ohne viele Hindernisse verlassen können. In Abstimmung mit den VHH und

der Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen wurde geklärt, dass in solchen Fällen ein Bus-Shuttle die betroffenen Personen an der nächsten Bushaltestelle absetzt. Damit diese Personen wissen, an wen sie sich in solchen Situationen wenden können, müssen Informationen in der Nähe des Fahrstuhls angebracht werden. Dazu gehört auch, dass das Notrufsystem, welches auf dem Busbahnhof installiert ist, endlich in Betrieb genommen wird.

Paul Kleszcz stellte außerdem eine Forderung zugunsten aller Nutzerinnen und Nutzer des Busbahnhofs: „An regnerischen Tagen wurde außerdem deutlich, dass es trotz der eingesetzten Glasele-

mente im Dach des Busbahnhofs keinen optimalen Regenschutz gibt. Bei starkem Regen tropft das Regenwasser durch die Decke auf den darunter angebrachten runden Stahlrahmen. Das dort ablaufende Regenwasser tropft ungehindert auf den Busbahnhof und die Fahrgäste. Der Sinn eines Daches ist es, dass man vor Regen entsprechend geschützt wird. Hier müssen die VHH schnellstens Abhilfe schaffen.“

Der Antrag der SPD wurde in der Bezirksversammlung einstimmig angenommen.



Paul Kleszcz

Große Einigkeit bei der Vergabe der Sondermittel

Es ist schon ungewöhnlich, dass es fünf Fraktionen in der Bezirksversammlung Bergedorf gibt. Absolut einmalig ist aber, dass sich alle fünf Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag zur Vergabe der Bezirkssondermittel geeinigt haben. Und geradezu sensationell ist, wie schnell sich die Fraktionen in einer Verhandlungsrunde auf einen gemeinsamen Antrag verständigt haben.“



Werner Omniczynski

So begann der SPD-Fraktionsvorsitzende Werner Omniczynski seine Rede zu den Bezirkssondermitteln und er fuhr fort: „Das zeigt, dass wir in Bergedorf etwas Besonderes unter den Hamburger Bezirksversammlungen sind. Wir reden über die Fraktionsgrenzen hinweg sachlich und konstruktiv miteinander. Bei uns ist es eher selten, dass nach dem Motto abgestimmt wird: Wenn bestimmte andere für etwas sind, sind wir auf jeden Fall dagegen. Wir bemühen uns, an der Sache orientiert zu entscheiden und so Entscheidungen zu treffen, die mög-

lichst vielen Bergedorferinnen und Bergedorfern nutzen. Dieser von allen fünf Fraktionen gemeinsam gestellte Antrag ist auch ein Beleg dafür, dass die SPD-Fraktion ihr zu Anfang der Wahlperiode gegebenes Versprechen einhält: Wir wollen mit unserer absoluten Mehrheit nicht ‚durchregieren‘, sondern mit allen anderen Fraktionen gut zusammenarbeiten.“

Zu den Einzelheiten der Vergabe der Mittel sagte Werner Omniczynski u.a.: „Wir geben fast die Hälfte der Sachmittel der Sondermittel für die Förderung von kulturellen Aktivitäten aus. Das machen wir, obwohl die Höhe der für die Förderung der Stadtteilkultur zur Verfügung stehenden Mittel die Höhe der Sondermittel weit überschreitet. Das zeigt, dass

für uns die Förderung von kulturellen Aktivitäten wirklich ein besonders wichtiges Anliegen ist. Es zeigt aber auch, dass wir in Bergedorf eine besonders aktive und attraktive Kulturszene haben, denn sonst gäbe es gar nicht so viele förderungswürdige Aktivitäten. Den größten Einzelposten bei den Investitionsmitteln der Bezirkssondermittel macht mit 8.500 Euro die Förderung des behindertengerechten Ausbaus des ehemaligen Restaurants Spectrum am Lohbrügger Markt aus. Hier entsteht das ‚KiKu‘, ein Kulturhaus für Kinder und Jugendliche, das ein neues Highlight in der Bergedorfer Jugend- und Kulturszene werden wird und das natürlich baulich so ausgestattet werden muss, dass es für alle, auch für Behinderte, zugänglich ist.“